

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 10.04.2024
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:08 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

ab 17:10 Uhr.

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

ab 16:25 Uhr.

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle
sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Nadine Molinari

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Benedikt Disam

ab 16:40 Uhr.

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Bernhard Feifel

Herr Stefan Struzyna

Schriftführerin

Janina Köhler

Verwaltung

Herr René Bantel

Herr Franz Geberth

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Hofmann

Frau Ute Meinke

Herr Dieter Popp

Herr Michael Schaumann

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Tag es o r d n u n g

=====

- 1** Aktuelles vom Energiemarkt
- 2** Neufassung der Geschäftsordnung des Inklusionsbeirates
- 3** Neubenennung der Mitglieder des Inklusionsbeirates
- 4** Glasfaserausbau - Errichtung eines FTTB-Netzes in der Stadt Schwäbisch Gmünd – Ausschreibung Tiefbau, Montage und Materiallieferung für die Teilbereiche Lose 1 – 3
- 5** Information zum geplanten Interkommunalen Windpark Rechberger Buch
- 6** Abschluss eines Vertrages zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen - Annahme des Angebots der Albwerk Regenerative Energien GmbH, Geislingen
- 7** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 620 B "Neue Feuerwehr Hutwiesen", Gemarkung Weiler, Flur Weiler
- Entwurfsbeschluss
- 8** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 175 B IX "Margaritenhöhe", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Aufstellungsbeschluss
- 9** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 164 E "Möbelhaus", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Einleitungsbeschluss
- 10** Jahresabschluss 2022 der Touristik & Marketing GbmH;
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushalt 2023 der Stadt Schwäbisch Gmünd zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2022
- 11** 4. Finanzzwischenbericht für das Jahr 2023 zum 31.12.2023
- 12** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 13** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 14** Bekanntgaben
- 14.1** Haushaltserlass
- 15** Anfragen
- 15.1** Abgestelltes Wasser am Friedhof
- 15.2** Dreifaltigkeitsfriedhof wird für Gegenverkehr genutzt
- 15.3** Interfraktioneller Antrag „Lebenswerte Altstadt“ aus dem Juni 2020

15.4 Gradierwerk

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Aktuelles vom Energiemarkt

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und erläutert, dass es viele Veränderungen und Erneuerungen am Energiemarkt gebe. Er begrüßt die Geschäftsführer der Stadtwerke, Herrn Ernst und Herrn Schmid.

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold gliedert die Präsentation in die Themen „Aktuelles vom Strom- und Gasmarkt“, „Was treibt die Stadtwerke derzeit um“ und „Wasserpreisanpassung“. Er äußert, dass er einige der aufgezeigten Punkte als Illusion empfinde. Dies betreffe unter anderem die Abwälzung der Netzentgelte auf die Bürger, welche zu einer deutlichen Erhöhung der Strompreise führen würde und auch die Bezuschussung der Stadtwerke durch die Stadtverwaltung in Höhe von 30 Millionen €.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und fragt, wie lange die Stadtwerke die aktuelle Situation mit den vielen neuen Regularien und Aufgaben noch bewerkstelligen könnten. Er stellt die Frage, ob diesbezüglich ein Ende in Sicht sei, sodass die Abrechnungen der Haushalte wieder früher stattfinden können. Er stellt sich zudem die Frage, ob die durch die aktuelle Situation entstandenen Kosten entschädigt werden würden. Die Kosten würden derzeit auf die Verbraucher umgelegt werden, obwohl hierfür eher der Bund aufkommen müsste.

Herr Ernst antwortet, dass er die Hoffnung habe, dass es nach diesem Jahr wieder besser werden könne. Die Stadtwerke befänden sich derzeit zusätzlich in einer Systemumstellung, da die bisherige Software von SAP eingestellt werde und man sich auf ein neues Abrechnungssystem umstellen müsse. Dies belaste den Kundenservice der Stadtwerke aktuell neben den neuen gesetzlichen Anforderungen. Der Gesetzgeber müsse zwingend eingreifen, da sonst die gesetzlichen Änderungen nicht umgesetzt werden könnten. Die sowieso sinkende Finanzkraft der Bürgerinnen und Bürger müsse hier mehr beachtet werden.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Präsentation. Er führt aus, dass man das aufgezeigte und auch von Herrn Oberbürgermeister Arnold nochmal verdeutlichte düstere Szenario der Regierungszeit der GroKo zu verdanken habe. Er würde allerdings die positiven Dinge aufzeigen wollen. Die Stadtwerke müssten jetzt viel investieren, aber diese Investitionen würden auf Dauer viel Positives mit sich bringen. Der Strompreis werde nicht eins zu eins auf den Verbraucher umgelegt werden, da die neueren Objekte deutlich stromeffizienter seien und somit dauerhaft weniger Strom verbrauchen würden. Der Bürger könne mithilfe des flexiblen Strompreises selbst nachschauen, wann viel Strom verbraucht werde. Er stellt die Frage, um wie viel Euro das Kapital der Stadtverwaltung erhöht werden müsste, da der Gemeinderat die Investitionen in das Wärmenetz sowie das Stromnetz immerhin beschlossen habe.

Herr Ernst erläutert, dass die Stadtwerke ab 2026 mit vier Millionen € Zuschuss jährlich rechnen würden.

Herr Bantel ergänzt, dass hiervon ein Anteil von drei Millionen € auf die Stadt fallen würden.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass die Ertüchtigung der Stromleitungsnetze und Wärmenetze eine große Herausforderung darstellen würde und betont, dass man nicht weiterkomme, wenn man sage, dass man das Geld hierfür nicht habe. Man müsse sich mit diesem Thema wirklich auseinandersetzen. Im Haushalt 2023 seien 18 Millionen € für Investitionen veranschlagt, welche noch nicht begonnen wurden. Davon sollten zwölf Millionen € in das Jahr 2024 für das Projekt Aspen übernommen werden. Die übrigen sechs Millionen € könnten für die Stadtwerke verwendet werden. Sie bittet darum, dass man sich mit diesen Investitionen auseinandersetzt und betont nochmals, dass man Gelder hierfür einstellen müsse. Sie berichtet, dass ihr öfter von Bürgerinnen und Bürgern zugetragen werde, dass man bei den Stadtwerken niemanden erreichen könne und stellt die Frage, was man tun wird, dass diese Bürger einen Ansprechpartner erreichen können. Es gäbe auch Fälle, in welchen vor Wut der Anbieter gewechselt werde.

Herr Ernst antwortet, dass derzeit die Personalkapazitäten nicht erhöht werden könnten, da neue Mitarbeitende erst eingearbeitet werden müssten, um im Kundenservice aushelfen zu können. Er verweist auf die bereits angesprochene derzeitige Überlastungsphase und weist darauf hin, dass andere Anbieter teilweise keinen Kundenservice mehr anbieten würden. Über die Homepage könne man stets Termine vereinbaren und so sei sichergestellt, dass jeder Bürger einen Ansprechpartner bei den Stadtwerken erreichen könne. Ihm tue auch jeder Kunde weh, der kündigt, aber derzeit sei man allein damit ausgelastet, die Basisaufgaben zu erledigen. Die Änderungen würden derzeit die gesamte Branche treffen und auch der Dienstleister der Stadtwerke, die EnBW ODR, stehe derzeit in einer Abrechnungssystemumstellung.

Herr Bantel weist darauf hin, dass die Stadtwerke ein wirtschaftliches Unternehmen seien. Beim Wirtschaftsplan müsse stets ein positives Ergebnis zustande kommen. Eine Kapitalerhöhung dürfe hierfür nicht ausschlaggebend sein, sondern die Maßnahme müsse sich erst insgesamt rechnen und im Ergebnis zu einem positiven Ertrag führen.

Herr Ernst ergänzt, dass der Betrag in Höhe von 35 Millionen € als Investition in Wärmenetze bereits die Förderquote in Höhe von 40% zusätzlich zum Eigenkapital beinhalte. Somit müsse der in der Präsentation genannte Betrag theoretisch mit 1,40 multipliziert werden.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. schließt sich seinen Vorrednern an und fordert dazu auf, darüber nachzudenken, wie man die enormen Herausforderungen und Investitionen stemmen könne. Er bittet Herrn Ernst darum, die Situation des Gmünder Hallenbads nochmals genauer zu erläutern.

Herr Ernst erklärt, dass die Stadtwerke das Hallenbad nicht finanzieren, sondern dies die Bäderbetriebe selbst tun. Die Stadtwerke hätten einen Ergebnisabführungsvertrag, mit welchem der steuerliche Querverbund angehoben werden würde. Das Geld das abgeführt werde, reiche irgendwann nicht mehr aus, um den Abmangel des Hal-

lenbades zu decken. Dann müssten die Bäderbetriebe diesen Abmangel selbst aus ihren Rücklagen decken oder irgendwann müsste es einen Zuschuss der Stadtverwaltung geben.

Erste Bürgermeister Baron beschreibt die vier Säulen des neuen Hallenbads. Die Bäderbetriebe müssten die Investition vorerst selbst stemmen. Die erste Säule sei der Ertrag, welchen das alte Bad sowie das Grundstück generieren würde, die zweite Säule seien die Einsparungen und Synergien des neuen Standorts, die dritte Säule würde der Zuschuss darstellen und die vierte Säule seien die Abschreibungen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen fasst zusammen, dass es sich um eine politische Abwägung handle, welche Investitionen getätigt werden würden. Es sei wichtig, Maßnahmen und Förderungen genau zu definieren. Sie legt dar, dass ihr die Abwanderungstendenzen in der Industrie Sorgen bereiten würden, da hieran viele Arbeitsplätze hängen würden. Hieran hänge unser Wohlstand und sie sei ratlos, wie man diese Problematiken in den Griff bekommen könnte.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste stellt die Frage, wie der Plan B der Stadtwerke aussehe und was passieren würde, wenn die Investitionen seitens der Stadtverwaltung nicht getätigt werden könnten.

Herr Ernst erläutert, dass es bereits Fakt sei, dass irgendwann kein Gas mehr verkauft werde. Man brauche deshalb eine Alternative, die diese 2/3 des momentanen Umsatzes ausmache. Wenn kein Geld zur Verfügung gestellt werden würde, würde das dazu führen, dass keine Wärme verkauft werden könne, da die Nahwärmenetze nicht gebaut werden könnten und die Stromnetze nicht ausgebaut werden könnten. Man würde sich dann als Infrastrukturdienstleister zurückziehen und sich auf das Notwendige konzentrieren müssen. Er sei aber der Meinung, dass es keinen Plan B geben sollte und man investieren müsse.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste fragt nach, wie dies zu verstehen sei. Man könne ja nicht einfach investieren und rote Zahlen einfahren.

Herr Ernst antwortet, dass man immer ein Ergebnis erwirtschaften werde. Fraglich sei nur, in welcher Größenordnung dieses Ergebnis zustande komme. Er sei zuversichtlich, dass man dies schaffe.

Oberbürgermeister Arnold bringt vor, dass die Stadtverwaltung dabei sei, die erforderlichen Investitionen auszuarbeiten und dass dies am Ende die Entscheidung des Gemeinderats sei, wofür das Geld ausgegeben werden sollte. Er bezieht sich auf den Bericht des Bundesrechnungshofs, der sehr klar sei. Die Stadtverwaltung leiste den größtmöglichen Beitrag, aber trotzdem werde es ohne staatliche Hilfe nicht funktionieren. Aber auch die staatliche Hilfe komme indirekt von den Bürgerinnen und Bürgern, da diese über Steuern finanziert werden würden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FW/FDP erläutert, dass es nur funktionieren würde, wenn der Strompreis staatlich subventioniert werden würde. Dies zeige, dass die Energiewende in Deutschland zwar politisch gewollt, aber nicht zu Ende gedacht sei. Die energieintensive Industrie werde gegebenenfalls aus Deutschland abwandern und er frage sich, wie das in Zukunft aussehen solle. Andere Länder gingen hier anders vor und würden die Kernenergie nutzen. Dies wäre auch eine Überlegung in Deutschland, wieder die Kernkraftwerke als Brückentechnologie an das Netz zu nehmen.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste fragt, wie lange die Stadtwerke noch die schützende Hand bezüglich des §14 a UStG über die Gmünder Bevölkerung halten könne. Es sei sicherlich eine Frist gesetzt worden, bis wann dieser Paragraph umgesetzt werden müsse. Das werde die Privathaushalte noch zusätzlich betreffen.

Herr Ernst antwortet, dass der 31.12.2026 das Ende der gesetzten Übergangsfrist darstelle. Er wolle den Gemeinderat mit Details zu dieser gesetzlichen Regelung verschonen und man wisse noch nicht genau, was diese Umstellung genau kosten werde. Es werde derzeit ein Berater ausgewählt, welcher dieses Thema umfassend beleuchten werde. Dann werde man auch den Gemeinderat belastbar hierüber informieren können. Auch hierfür trage der Kunde die Kosten und es handle sich auch hierbei um massive Investitionen. Hier würde man eigentlich Kosten für den Netzausbau vermeiden wollen, was aber bedeuten würde, dass man den Kunden reduzieren müsste. Man müsse zwei Investitionen tätigen, einmal in die Digitalisierung und in den Netzausbau, wobei man seiner Ansicht nach direkt in den Netzausbau investieren sollte. Es betreffe auch Vertriebsprozesse, da es ein zeitabhängiges Netzentgelt werden würde. Künftig müsse man einem Lieferanten die stündlichen Netzentgelte mitteilen, weshalb Abrechnungs- und Kommunikationssysteme umgebaut werden müssten. Es würden jedoch hingegen auch neue Geschäftsfelder entstehen. Dies sei abhängig davon, was der Gesetzgeber zulasse. Man würde jedoch die Möglichkeit haben, alles über die Kunden zu erfahren, beispielsweise wann sie in den Urlaub fahren und wann sie fernsehen würden. So könnte man Empfehlungen aussprechen. In der Stadt werde ein Netz aufgebaut werden, über welches Dienste bereitgestellt werden könnten, worüber der Kunde selbst jederzeit seine Hausgeräte steuern könnte. Er rechne damit, dass man in drei bis vier Monaten über die Analyse des Beraters berichten könne.

Stadtrat Krieg/CDU nimmt Bezug auf die Vorstellung der kommunalen Wärmeplanung, in welcher empfohlen wurde, dass vor Ort das Wärmenetz installiert und aufgebaut werden soll. Er fragt, wie die Kalkulation des Betrags in Höhe von 35 Millionen € zustande kam und möchte wissen, ob alle Stadtteile ein Wärmenetz zur Verfügung haben werden. Er halte die 35 Millionen € für zu niedrig.

Herr Ernst entgegnet, dass die 35 Millionen € den Gügling, Bettringen Ost, Bettringen Nordwest, Hardt und Kernstadt beinhalten. Er werde oft gefragt, wie lange das dauern würde und es würde zehn Jahre in Anspruch nehmen, um allein die aufgeführten Felder zu „beackern“. Voraussetzung hierfür sei, dass das benötigte Personal zur Verfügung stehe. Derzeit würden keine Bewerbungen auf die ausgeschriebenen Stellen als Netzplaner eingehen. Einen Totalausbau werde es nicht geben, da es auch Bereiche geben würde, die für das Wärmenetz nicht darstellbar seien.

Stadtrat Schwab/SPD nimmt Bezug auf die vorgebrachten Punkte von Herrn Stadtrat Miller und Frau Stadträtin Heusel und bringt vor, dass die Stadtwerke über Jahre finanziell ausgelaugt worden seien. Die Abmängel des Hallenbades seien nicht durch den städtischen Haushalt finanziert worden, was zu einer Mehrbelastung der Stadtwerke geführt habe. Deshalb seien die Kapitalerhöhungen unbedingt notwendig. Er stellt die Frage, weshalb in erneuerbare Energien nicht mehr investiert werde. Firmen würden sich außerdem im Gebiet Aspen nicht ansiedeln, wenn die Stadtverwaltung keine erneuerbaren Energien zur Verfügung stellen würden.

Herr Ernst bringt vor, dass man den Euro nur einmal ausgeben könne. Man konzentriere sich auf das Allernotwendigste. Investitionen in erneuerbare Energien würden nichts nützen, wenn der Netzausbau nicht erweitert werde.

Stadtrat Schwab/SPD regt an, ob man nicht über Kapitalerhöhungen im Bereich der erneuerbaren Energien nachdenken müsse.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Kapitalerhöhungen die aufgeführten Probleme nicht lösen würden. Man müsse auch bedenken, dass die Bürgerinnen und Bürger für gelieferte erneuerbare Energien mehr zahlen müssten.

Stadträtin Dr. Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen legt dar, dass man von außen auf die Stadtwerke blicken müsse, da man derzeit keine Chance habe, jemanden zu erreichen. Sie fragt, ob bereits Lösungen erarbeitet wurden, wie beispielsweise in externes Know-how zu investieren.

Herr Ernst antwortet, dass ein größeres Projekt mit externer Unterstützung aktuell die Umstellung des Abrechnungssystems darstelle, woran auch das Thema Erreichbarkeit und fristgerechte Abrechnung hänge. Viele Berater würden die Stadtwerke in diesem Bereich unterstützen. Im Bereich der Planung und des Ausbaus von Stromnetzen seien die Stadtwerke ebenfalls schon extern unterstützt worden und derzeit befinde man sich in der Beraterauswahl bezüglich des §14a UStG. Das neue Abrechnungssystem selbst sei Grundlage dafür, das System fortlaufend zu digitalisieren, wodurch auch der Kundenservice kontinuierlich verbessert werden könne.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste regt an, dass man der breiten Bevölkerungsschicht die Gründe für die schlechte Erreichbarkeit sowie die verspäteten Abrechnungen erklären sollte, um hier für mehr Verständnis zu sorgen.

Herr Ernst antwortet, dass es fraglich sei, ob diese komplexen Themen von der Bürgerschaft verstanden werden würden. Er werde diesen Vorschlag aber intern beraten.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass das Bedürfnis da sei, die Probleme der Bürgerschaft nahe zu bringen. Er sehe jedoch auch die Schwierigkeit darin, diese Themen den Bürgerinnen und Bürgern in verständlicher Sprache darzulegen.

Herr Geberth ergänzt, dass man sich auch über alternative Finanzierungsformen Gedanken machen müsse. Man spreche immer nur davon, dass die Stadt das Kapital erhöhe. Es gebe aber auch vermögende Bürger und Unternehmen, die beispielsweise in erneuerbare Energien investieren müssen und wollen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich abschließend bei Herrn Ernst und bei Herrn Schmid für die ausführlichen Darlegungen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Neufassung der Geschäftsordnung des Inklusionsbeirates
Vorlage: 031/2024

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt an, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits vorberaten wurde. Von Frau Heusel sei noch angeregt worden, dass unter § 4 der Geschäftsordnung die Amtszeit des Integrationsbeirates an die Wahlperiode des Gemeinderates angeglichen werden sollte. Diese Änderung werde noch mit aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Neufassung der Geschäftsordnung des Inklusionsbeirates, in schwerer und in leichter Sprache, mit Anpassung der Amtszeit auf 5 Jahre wird, zugestimmt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Neubenennung der Mitglieder des Inklusionsbeirates
Vorlage: 037/2024**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Dem Vorschlag der Benennungskommission zur Neubenennung der Vertreterinnen und Vertreter des Inklusionsbeirates wird zugestimmt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Glasfaserausbau - Errichtung eines FTTB-Netzes in der Stadt Schwäbisch
Gmünd – Ausschreibung Tiefbau, Montage und Materiallieferung für die Teil-
bereiche Lose 1 – 3
Vorlage: 042/2024**

Protokoll:

Herr Bantel trägt den Sachverhalt vor.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass es das Ziel sei, alle Lose zu bedienen. Er begrüßt den stellvertretenden Ortsvorsteher von Bargau, Herr Struzyna.

Stellvertretender Ortsvorsteher Struzyna regt an, dass er mit seinen folgenden kritischen Punkten nicht die anderen Lose in Abrede stellen möchte. Bargau müsse in Hinblick auf die Ansiedlung von Firmen im Gebiet Aspen weiße Flecken darbieten und diese seien noch nicht beseitigt worden. Er fragt sich, warum Bargau pro Hausanschluss so viel teurer sei, als andere Ortsteile. Die Hälfte habe bereits leistungsfähiges Internet, weshalb nur die Hälfte des Ortsteils betroffen sei. Allerdings würden die Kosten des Flughafens Hornberg Bargau zugerechnet werden, was seiner Meinung nach den großen Kostensprung verursache. Er wünsche sich eine verlässliche und verbindliche Aussage der Entscheidungsträger, dass es in Bargau mit dem Glasfaserausbau noch weitergehe.

Oberbürgermeister Arnold legt dar, dass die Stadtverwaltung in diesem Bereich leider nicht autark sei, er sich aber nicht vorstellen könne, dass die Regierung die Förderung aussetzen würde.

Abstimmungsergebnis:

Mit zwei Enthaltungen fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Teilbereiche Lose 1 – 3 Leistungen für Tiefbau, Montage und Materiallieferung für die Errichtung eines FTTB-Netzes in unterversorgten Gebieten im Projektgebiet der Stadt Schwäbisch Gmünd im Rahmen eines sogenannten Betreibermodells mit einer geschätzten Summe (Netto) von 22.653.528,50 € auszuschreiben. Der voraussichtliche städtische Eigenanteil beträgt hiervon 10 %, also 2.265.352,85 €.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Information zum geplanten Interkommunalen Windpark Rechberger Buch
Vorlage: 051/2024**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und begrüßt Dr. Alemazung sowie die stellvertretende Leiterin des Regionalverbandes, Eva Nordhus.

Herr Geberth führt kurz in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an Frau Nordhus.

Frau Nordhus präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich und betont, dass die Erweiterung des Vorranggebietes unter Wahrung des 1000-Meter-Abstandes keine Selbstverständlichkeit darstelle und die Stadtverwaltung für die Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung sehr dankbar sei.

Herr Geberth begrüßt neben Dr. Alemazung auch den Stadtbaumeister der Stadt Heubach, Herrn Mürdter. Er erläutert, dass das Vorranggebiet Rechberger Buch größtenteils auf Heubacher Gemarkung liege.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es sich um ein lokales regionales Projekt handle, da sonst die Stadt Schwäbisch Gmünd gar keinen Zugang zu diesen aufgeführten Gebieten hätte. Man sehe anhand von diesem Projekt, dass konkrete Schritte gegangen werden. Es sei eine interkommunale Taskforce eingerichtet worden, in welcher regelmäßig Treffen stattfinden würden, an welchen auch Bartholomä teilnehme.

Dr. Alemazung führt aus, dass er sehr dankbar für die gute Zusammenarbeit sei und sich sehr freue, dass Utzenberg und Rechberger Buch als Vorranggebiete ausgewiesen wurden. Es sei von Anfang an der Wunsch gewesen, dies als Kommunalprojekt voranzutreiben, um den erzeugten Strom auch regional verwenden zu können. Hierfür eigne sich Aspen, weshalb auch der Gemeinderat der Stadt Heubach für die interkommunale Zusammenarbeit mit Schwäbisch Gmünd einstehe.

Oberbürgermeister Arnold legt dar, dass dieses Projekt sich auf einem guten Weg befinde, man sich jedoch darüber bewusst sein müsse, dass diese Windräder nicht unumstritten sein werden.

Stadtrat Dionyssiotis/s.ö.I. bedankt sich für die ausführliche Vorstellung des Projekts. Er regt an, dass der Fachbeitrag Artenschutz eine wesentliche Planungsgrundlage darstelle und fragt an, ob ein Kontakt zu den Stellen des Naturschutzes bestehe und wie dieser Kontakt aussehe. Auch der Vogelzug sei ein Thema, welches berücksichtigt werden müsse.

Herr Geberth antwortet, dass Artenschutz natürlich eine große Rolle spiele. Er weist darauf hin, dass das Bundesnaturschutzgesetz geändert wurde und nun der Populationschutz gelte, statt des Individuenschutzes. Durch diese Änderung sei es erst möglich, Windkraft in Deutschland voranzutreiben. Es hätten Gespräche mit der Unteren Naturschutzbehörde stattgefunden und es seien schon Untersuchungen in diesem Bereich durchgeführt worden. Der Abschlussbericht liege jedoch noch nicht vor.

Oberbürgermeister Arnold appelliert an alle Beteiligten, dass man ein solches Projekt in die Wirklichkeit umsetzen müsse.

Frau Nordhus ergänzt, dass Artenschutz ein sehr wichtiges Thema sei und der Regionalverband sich hier intensiv mit den Naturschutzverbänden abstimme. Das Thema Vogelzug sei im Fachbeitrag Artenschutz beispielsweise nicht enthalten und müsse separat geprüft werden. Es gebe hier mittlerweile viele technische Neuerungen, um hierauf Rücksicht zu nehmen, wie beispielsweise Abschaltmechanismen.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich bei Dr. Joy Alemazung für die gute Zusammenarbeit in diesem Bereich. Er legt dar, dass er verwundert sei über das Thema des Tempos. Man arbeite seit drei Jahren an diesem Projekt und man stehe in seinen Augen immer noch am Anfang. Er fragt, was man tun könne, dass das Projekt schneller umgesetzt werden könne und wann man realistisch damit rechnen könne, dass ein Windrad gebaut werde. Zudem brauche man günstigen grünen Strom, um die Attraktivität von Aspen zu gewährleisten.

Herr Geberth antwortet, dass die Genehmigungszeit sich von sieben auf dreieinhalb Jahre verkürzt habe.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass bereits die Zustimmung von Forst-BW vorliege, die Zustimmung des Gemeinderats Heubach vorliege, der Regionalverband das Gebiet als Vorranggebiet aufnehme und danach ein Bauantrag gestellt werden und gebaut werden könne. Er appelliert nochmal, dass das Projekt verwirklicht werden und man auch Kompromisse eingehen müsse.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es denkbar wäre, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, nur 700 Meter Abstand einzuhalten, um von der Hanglage wegzukommen. Er fragt, ob angedacht sei, einen eigenen Bürgerfonds anzulegen, um dieses Projekt zu finanzieren und ob noch andere Standorte in Frage kommen würden.

Herr Geberth antwortet, dass die Vorranggebiete anhand der Windhöffigkeit beurteilt wurden und die Windhöffigkeit in den Hanglagen stärker sei. Bezüglich der Finanzierung sei in jedem Fall auch Fremdkapital nötig.

Stadtrat Schwab/SPD fragt, warum die 1000-Meter-Regelung in Schwäbisch Gmünd vertreten werde, wenn die Bürgerinnen und Bürger bereits durch das Immissionschutzgesetz vor übermäßiger Lärmbelästigung geschützt seien. In Nordrhein-Westfalen sei diese Regelung abgeschafft worden. Er stellt sich die Frage, wie viele Windräder mehr gebaut werden könnten, wenn diese Regelung außer Kraft gesetzt werden würde.

Herr Geberth antwortet, dass man dies nicht berechnet habe, da man anders geplant hätte, wenn diese Grenze nicht existiert hätte. Die 1000 Meter seien ein Kompromiss.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass sechs Windräder gebaut werden könnten – auch an windhöffigeren Gebieten.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen fragt nach, ob der gesamte Strom der Windräder für Aspen verwendet werden solle. Unter die Begrifflichkeit Grüner Wasserstoff falle nur Abfallwasserstoff.

Herr Geberth entgegnet, dass der Wind nicht immer weht, sodass der Elektrolyseur nicht an allen Tagen durch den Strom der Windkraftträder betrieben werden könnte. Deshalb brauche man auch andere Quellen, wie beispielsweise Solarstrom.

Herr Ernst ergänzt, dass pro Windrad mit 15 Millionen Kilowattstunden gerechnet werden könne. Grüner Wasserstoff sei aus regenerativer Energie erzeugbar.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FW/FDP fragt an, wie viel Megawatt Leistung dem Aspen-Feld zur Verfügung stehe und wie der Energiebedarf gedeckt werde, wenn kein Wind wehe.

Herr Ernst antwortet, dass eine Anlage ungefähr 7,2 Megawatt Strom erzeugen könne. Der erzeugte Strom werde in Abhängigkeit des Windes schwanken.

Dr. Alemazung sagt abschließend, dass man sich darüber bewusst sein sollte, dass man nachhaltiger leben müsse. Die Gutachten würden derzeit noch laufen, aber man werde auf jeden Fall viel Rücksicht auf die Natur nehmen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Abschluss eines Vertrages zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen - Annahme des Angebots der Albwerk Regenerative Energien GmbH, Geislingen
Vorlage: 050/2024

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Albwerk Regenerative Energien GmbH zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

**zu 7 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 620 B "Neue Feuerwehr Hutwiesen", Gemarkung Weiler, Flur Weiler
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 026/2024**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 4 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 620 B „Neue Feuerwehr Hutwiesen“ werden entsprechend den Anlagen 1 und 2 im Entwurf beschlossen.
3. Die Begründung wird in der Fassung der Anlage 3 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 175 B IX "Margaritenhöhe",
Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 035/2024**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Architekten Herr Ocker und Herr Kugler.

Herr Hackner erläutert das Vorhaben.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die kurze Vorstellung des Bebauungsplans und signalisiert Zustimmung der Fraktion.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die Frage des Wohnraumbedarfs seiner Meinung nach im Gremium noch nicht ausreichend besprochen wurde. Er stellt sich die Frage, weshalb man ein bisher mit einem Bauverbot belegtes Gebiet bebauen müsse und wie dieses Vorhaben gegenfinanziert werde, da es mit hohen Erschließungs- und Gründungskosten verbunden sei.

Herr Hackner bejaht, dass weiterhin Wohnraum benötigt werde. Die Gutachten des Gebietes würden nach Beschluss des Bebauungsplans erstellt werden, um die Schwierigkeit der Bebauung zu erarbeiten.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. führt aus, dass innerhalb der Fraktion die positiven und negativen Aspekte abgewogen wurden. Positiv sei das Versprechen des sozialen Wohnungsbaus. Schwierig sei die Bebauung des Gebietes und es werde bezweifelt, ob an dieser Stelle sozialer Wohnungsbau überhaupt verwirklicht werden könne. Höhere Kosten bei der Bebauung dürften kein Grund sein, vom Versprechen des sozialen Wohnungsbaus abzuweichen. Für diese Kosten müsse dann der Investor aufkommen. Ein negativer Aspekt sei, dass diese Fläche im Flächennutzungsplan als schützenswerter Grünbestand ausgewiesen sei. Im Landschaftsplan, welcher erst vor wenigen Wochen im Gemeinderat beschlossen wurde, stehe, dass die Grünfläche im Bestand gesichert und gepflegt werden müsse. Die Fläche sei ein schützenswerter Grünbestand und gemäß Naturschutzgesetz besonders geschützt. Die Projektidee werde grundsätzlich für gut gehalten, aber die Fläche sei nicht ideal. Mit den Bürgerinnen und Bürgern, welche dort wohnhaft sind, müssten Gespräche geführt werden und diese müssten umfassend informiert werden. Wenn diese ihre Wohnungen räumen müssten, müsse eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Stadtrat Schwab/SPD bejaht die Bedenken der Fraktionen s.ö.l und Bündnis 90/Die Grünen und legt dar, dass der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gesehen werde. Er fragt an, ob er richtigliege, dass sich das Grundstück nicht im Eigentum der Stadt befinde.

Herr Hackner bestätigt dies.

Herr Schwab/SPD regt an, dass grundsätzlich über die städtische Bodenpolitik gesprochen werden müsse. Es müsse darüber gesprochen werden, wie die leistungsfrei entstehenden Bodenwertsteigerungen abgeschöpft und im Bereich des bezahlbaren Wohnraums eingesetzt werden könnten. Aus hohen Bodenpreisen würden sich hohe Mietpreise ergeben und man müsse sicherstellen, dass die Mieten in Schwäbisch Gmünd bezahlbar gehalten werden.

Oberbürgermeister Arnold sagt, dass dieses Thema vertagt werde und bedankt sich in diesem Zuge auch bei der VGW, dass man gemeinsam bezahlbaren Wohnraum in Schwäbisch Gmünd anbieten könne.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen regt an, dass die Gewähr, dass 25 % des Gebietes zum sozialen Wohnungsbau genutzt werden, nur für zehn Jahre bestehe.

Herr Hackner bestätigt, dass die Bindung für mindestens zehn Jahre bestehe. Der Investor könne dies auch verlängern, wobei es meist auf die Förderquote ankomme. Er betont, dass es heute lediglich um den Aufstellungsbeschluss gehe.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste gibt Herrn Schwab in Hinblick auf die Wertabschöpfung der steigenden Bodenpreise recht. Es sei ihm außerdem auch ein Anliegen, dass mit den Bürgerinnen und Bürgern umfassend gesprochen werde.

Oberbürgermeister Arnold versichert, dass die Bürgerinnen und Bürger angemessen informiert und versorgt werden würden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FW/FDP äußert, dass die Abwägung eindeutig zu Gunsten des Wohnraums ausfalle. Er regt an, dass auf eine attraktive Bebauung geachtet werden müsse und Fehler, welche in der Vergangenheit gemacht wurden, vermieden werden müssten. Als Beispiel wird hier das Fehrle-Areal aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Bei 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Für den im Lageplan (Anlage 1) abgegrenzten Bereich sind ein Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften aufzustellen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61
nachrichtlich an Amt:

zu 9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 164 E "Möbelhaus", Gemarkung Schwäbisch Gmünd - Einleitungsbeschluss Vorlage: 039/2024

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Anwesenden des Handels- und Gewerbevereins.

Herr Hackner führt in das Thema ein.

Oberbürgermeister Arnold berichtet vom Oststadtforum. Bei diesem Projekt sei dort eine positive Haltung signalisiert worden, da es sich um ein Familienunternehmen handle und 150 Arbeitsplätze geschaffen werden würden. Der Handels- und Gewerbeverein habe ebenso eindeutig seine Zustimmung zu diesem Projekt signalisiert.

Stadtrat Bläse/CDU betont, dass die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht zu vernachlässigen sei. Die Stadt würde von der Ansiedlung des Möbelhauses profitieren, da die Besucher des Möbelhauses die Stadt in Erinnerung behalten werden und auch in anderen Belangen die Stadt wieder besuchen würden. Von diesem Vorhaben seien zwei Landwirte betroffen, welche von der Stadtverwaltung jedoch zwei Flächen zur Verfügung gestellt bekommen haben, welche sich für diese sogar besser eignen würden. Er bedankt sich für die gute Vorbereitung.

Stadträtin Kircher-Beißwenger/Bündnis 90/Die Grünen führt an, dass die Fläche im Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen sei. Es handle sich um eine Gesamtfläche von 55.000 Quadratmetern. Aus Klimaschutzpolitischer Sicht werde das Projekt abgelehnt, weil damit die gesteckten Klimaschutzziele nicht er-

reicht werden könnten. Auf der anderen Seite werden die zugesagten 150 Arbeitsplätze gesehen sowie die Gewerbesteuererinnahmen. Aus diesem Grund werde die Fraktion uneinheitlich abstimmen.

Herr Schwab/SPD erläutert, dass der Verlust an landwirtschaftlicher Fläche schmerze, man erhoffe sich dadurch aber die Vermeidung von Verkehrsströmen, da andere Möbelzentren außerhalb des Stadtgebietes nicht angefahren werden müssten. So würde man sich Einsparungen von Treibhausgasen versprechen und man rechne mit einer Kaufkraftabschöpfung vor Ort. Man bestehe darauf, dass Photovoltaik-Anlagen entstehen. Er regt an, dass auch Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation dort Arbeit finden könnten und wünscht sich, dass bei Gelegenheit angesprochen werde, dass auch geflüchteten Menschen sowie Langzeitarbeitslosen der Einstieg in eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werde.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. regt an, dass das Unternehmen XXXLutz in seinen Augen kein Familienunternehmen sei, sondern es sich um einen gigantischen Konzern mit sehr schlechtem Ruf handle. XXXLutz gehe sehr aggressiv mit seinen Beschäftigten um und die Gewerkschaft ver.di bezeichne das Unternehmen als härtestes Unternehmen Deutschlands. Der Konzern expandiere aggressiv, kaufe Traditionsunternehmen auf und die gewachsene Marktmacht mache der Branche zunehmend Sorgen. Zudem werde von einem sehr schlechten Umgang mit den Kunden gesprochen. Aus sozialen Gründen sei die Ansiedlung von XXXLutz in Schwäbisch Gmünd abzulehnen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, dass die Ansiedlung des Möbelhauses in Schwäbisch Gmünd als Magnet für die Stadt genutzt werden könne. Die Fraktion werde dem Vorhaben zustimmen. Die Radwegverbindung sei gut gelöst worden. Hussenhofen habe Bedenken bezüglich des Verkehrsaufkommens geäußert.

Herr Hackner antwortet, dass man aus diesem Grund mit den Trägern öffentlicher Belange, vor allem auch der Straßenverkehrsbehörde gesprochen habe. Die B29 solle ausgebaut werden, weshalb es derzeit ein guter Zeitpunkt sei, um eine gute Lösung zu erarbeiten.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste regt an, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, dass dieser Punkt ohne Aussprache beschlossen werde. Er fragt sich, wieso jetzt doch diskutiert werde und appelliert an die Verwaltung, sich auch mit Blick auf die Uhr in Zukunft an solche Absprachen zu halten. Entweder man beschließe alles mit Aussprache oder man lasse die Ausschüsse weiterhin über Themen beraten.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erläutert, dass es früher drei Möbelhäuser in Schwäbisch Gmünd gegeben habe. Es gebe Menschen wie zum Beispiel Grüne oder Linke, die sich keine Designermöbel kaufen könnten und darauf angewiesen seien, dass sie ein großes und gutes Angebot erhalten würden. Das Familienunternehmen schaffe Arbeits- und Ausbildungsplätze, welche in Hinblick auf die relativ hohe Arbeitslosigkeit in Vergleich zur Stadt Aalen wichtig seien. Gegenüber sei das Möbelhaus Mömax, weshalb es Synergieeffekte geben werde. Deshalb sei es wichtig, dieses Möbelhaus in Schwäbisch Gmünd zu haben, welches auch ein Anziehungspunkt für Schwäbisch Gmünd sein werde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FW/FDP stimmt Herrn Dombrowski zu. Dem Bauvorhaben werde zugestimmt. Ausschlaggebend hierfür seien die Arbeitsplätze und auch die Gewerbeansiedlung, die die Stadtverwaltung angesichts der Haushaltslage nötig

habe. Das Vorhaben bringe viele positive Entwicklungen in der Oststadt mit sich und es werde positive Auswirkungen auf das ganze Quartier haben.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Für die im Übersichtsplan der Anlage 1 zu dieser Gemeinderatsvorlage abgegrenzte Fläche wird auf Antrag des Vorhabenträgers (Anlage 2) der Einleitung eines Satzungsverfahrens über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 164 E „Möbelhaus“ zugestimmt.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan umfasst die Flächen des Vorhaben- und Erschließungsplanes des Vorhabenträgers. In der Bearbeitung können Zusatzflächen gemäß § 12 Abs. 4 BauGB aufgenommen werden, wenn diese für die Umsetzung der Planung notwendig werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61
nachrichtlich an Amt:

**zu 10 Jahresabschluss 2022 der Touristik & Marketing GbmH;
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushalt 2023 der Stadt
Schwäbisch Gmünd zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2022
Vorlage: 227/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Touristik & Marketing GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:
 - a. Der vom städtischen Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2022 wird mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.457.622,35 € und einem geprüften Jahresfehlbetrag von 21.848,77 € festgestellt. Der Jahresfehlbetrag wird dabei auf neue Rechnung vorgetragen und soll zeitnah durch den Gesellschafter ausgeglichen werden.

- b. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
 - c. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.
(Anmerkung: Die Befangenheitsvorschriften sind zu beachten)
2. Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2022 der Touristik & Marketing GmbH wird im Haushalt der Stadt für das Jahr 2023 eine überplanmäßige Ausgabe im Teilhaushalt 10 - zugunsten des Budgets 10-57-50-03 (Tourismus) - in Höhe von 21.848,77 € genehmigt. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2023.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: T&M
nachrichtlich an Amt:

zu 11 **4. Finanzzwischenbericht für das Jahr 2023 zum 31.12.2023**
Vorlage: 022/2024

Protokoll:

Herr Bantel erläutert die Vorlage.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es gute Nachrichten für den Gemeinderat nach dem ersten Quartal seien und dass man hoffe, dass es sich weiter so fortsetze. Er betont, dass 4,3 Millionen € getilgt wurden und man an der gemeinsam beschlossenen Linie festhalte.

Stadträtin Heusel/SPD äußert die Feststellung, dass man mit einem blauen Auge davongekommen sei. Der Haushalt der Stadt sei nach wie vor nicht so ertragreich, dass man die Ausgaben und Investitionen damit relativieren könne. Bei den Ausgaben für Baumaßnahmen habe man mit 30 Millionen € gerechnet und habe nur elf Millionen Euro € ausgegeben, weshalb hier noch eine Differenz von rund 20 Millionen € vorliege. Man müsse sich darüber unterhalten, wie hiermit weiter verfahren werde und ob das Geld in den Haushalt 2024 übernommen werde. Sie bittet Herrn Bantel darum, klar zu definieren, welche Maßnahmen weiter fortgeführt werden beziehungsweise welche in den neuen Haushalt übernommen werden. Man habe noch 18 Millionen € der Kreditaufnahme übrig und müsse Zukunftsinvestitionen tätigen. zwölf Millionen € seien für Aspen vorgesehen und bezüglich der Differenz in Höhe von sechs Millionen € müsse man sich bestenfalls noch vor der Sommerpause darüber unterhalten, wie man die Stadtwerke damit stärken könne. Der Haushalt sei zwar nach wie vor prekär, aber Zukunftsaufgaben müssten prioritär behandelt werden.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt, dass Zukunftsaufgaben auf der Agenda stünden und der Gemeinderat hier den Kurs vorgebe. Es sei ihm auch wichtig gewesen viel zu tilgen, was auch der gewünschte Weg des Gemeinderats gewesen sei. Man sei mit einem blauen Auge davongekommen aber es sei eine politische Entscheidung, wie man hiermit umgehe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 12 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 021/2024**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 13 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 052/2024**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 14 Bekanntgaben**zu 14.1 Haushaltserlass****Protokoll:**

Herr Bantel gibt bekannt, dass der Haushalt genehmigt sei. Der Haushaltserlass liege vor.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 15 Anfragen**zu 15.1 Abgestelltes Wasser am Friedhof****Protokoll:**

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste berichtet, dass das Wasser am Friedhof noch abgestellt sei und alte Menschen ihre Gießkannen nicht füllen könnten.

Oberbürgermeister Arnold wird dies entsprechend weitergeben.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

zu 15.2 Dreifaltigkeitsfriedhof wird für Gegenverkehr genutzt**Protokoll:**

Stadtrat Preiß/CDU fragt, ob der Stadtverwaltung bekannt sei, dass der Dreifaltigkeitsfriedhof als Umleitungstrecke zwischen Schwäbisch Gmünd und Waldstetten genutzt werde. Außerdem sei der Steg über die Rems abgebrochen, Leute gingen kreuz und quer darüber.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Hinweis und sagt, dass Herr Hägele hier schon dran sei, dass das unterbunden werde. Bezüglich des Stegs werde derzeit mit dem Tiefbauamt eine Querungshilfe geplant. Er lobt die Abzweigung an der Oberbettringer Straße, aber auch hier würden die Leute plötzlich meinen, dass sie dort abbiegen könnten. Herr Hägele kümmert sich darum.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 15.3 Interfraktioneller Antrag „Lebenswerte Altstadt“ aus dem Juni 2020

Protokoll:

Herr Fritz/s.ö.l. erinnert an den interfraktionell erstellten Antrag „Lebenswerte Altstadt“, der beschlossen wurde. Hierin befänden sich viele Punkte zum Radwegekonzept. Der Gemeinderat habe einstimmig den Beschluss zur Klimaneutralität bis 2035 gefasst. Er fragt sich, wie man dieses erreichen möge, wenn man Beschlüsse in diesem Mobilitätsbereich immer in Frage stelle. Er möchte wissen, ob bereits mit Herrn Schelling gesprochen wurde und ob dieser diese „Rolle rückwärts“ bereits in die Matrix des European Energy Awards mit einfließen lassen hat. Der KUEBA habe einstimmig den Radwegezielplan beschlossen, welcher nun von der Verwaltung an mehreren grundlegenden Stellen in Frage gestellt wurde. Er fragt sich, wie man mit demokratisch gefassten Beschlüssen so umgehen könne. Seit drei Jahren werde über die Klarenbergstraße als Fahrradstraße gesprochen und man müsse dann aus der Presse erfahren, dass dieses Projekt vielleicht auf Eis gelegt werde, ohne dass ein zuständiges Gremium informiert wurde. Dasselbe gelte für die Schwerzerallee, wo Informationen, welche für eine umfassende Diskussion wichtig seien, unterschlagen worden seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass alles was vom Gemeinderat beschlossen werde von der Verwaltung geprüft und bewertet werde. In Sachen Klarenbergstraße komme man hier auch bereits weiter. Bevor etwas umgesetzt wird, gelte es, die Bürger anzuhören und ihnen zuzuhören.

Herr Geberth sagt, dass am 22. April 2024 das Südstadtforum stattfinde, wo die Planungen der Klarenbergstraße Thema sein werden. Es gebe auch bereits andere Untersuchungen, aber die Klarenbergstraße habe Priorität.

Oberbürgermeister Arnold fügt hinzu, dass der Gemeinderat immer wieder dazu aufrufe, die Finanzen im Blick zu halten. Das werde getan, da 90 % Eigenfinanzierung nicht von der Hand zu weisen seien.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 15.4 **Gradierwerk**

Protokoll:

Stadtrat Krieg/Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, wer entschieden habe, dass über 120.000 € ausgegeben werden würden. Er sehe hier weder einen geschichtlichen Zusammenhang mit Schwäbisch Gmünd, noch eine wesentliche Veränderung der Luft- und Aufenthaltsqualität. Der Gemeinderat sei hierüber nicht informiert worden. Im Weststadtforum sei außerdem Lärmbelastung ein Thema gewesen. Er möchte wissen, wann der Gemeinderat darüber informiert werde, wann welche Maßnahmen verwirklicht werden würden.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass der Lärmaktionsplan nicht mehr vom Regierungspräsidium freigegeben werden müsste, was eine deutliche Erleichterung darstelle. Trotzdem müsse er mit Berechnungen unterfüttert werden, was derzeit von statten gehe.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass die am Gradierwerk beteiligten Personen nicht anwesend seien und hierzu deshalb keine Aussagen getätigt werden könnten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: